

Zuwanderer brauchen Aufklärung und Sprachkurse

Awo-Integrationscenter informierte SPD-Bundestagsabgeordnete über dringende Probleme

Neumünster

Zeitfressende Statistiken für verschiedene Zwecke, fehlende qualifizierte Sprachlehrer, komplizierte und zeitlich zu eng befristete Integrationsprojekte und vor allem ein Ansturm von Migranten vor allem aus Rumänien – diese Probleme brennen dem Team des landesweiten Awo-Integrations-Centers am Goebenplatz unter den Nägeln. „Wenn ich aus Flensburg am Bahnhof in Neumünster ankomme, werden ich schon von meinen Klienten empfangen“, sagte Berater Hasan Celep gestern bei einem Informationsbesuch von der SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Birgit Malecha-Nissen.

Diese wollte sich schlau machen, welche Verbesserungen sie in die anstehende Novellierung des Zuwanderergesetzes dringend einbringen sollte. Centerleiter Michael Treiber schilderte die Lage in Neumünster: Asylbewerber bleiben nicht vor Ort, sondern werden von der Landeszentralaufnahme verteilt. Das Problem liegt in dem immensen Zustrom von Migranten aus Bulgaren und Rumänien, vermehrt seit der neuen Freizügigkeit des Zuzugs.. „Unsere Beratung wird überflutet“, so Celep, der die Zahl auf 200 Beratungen pro Quartal schätzt. Der 56-Jährige bietet zweimal pro Woche eine offene Sprechstunde an: „Rumänen und Bulgaren kommen vor allem nach Neumünster wegen des Wohnungsleerstandes. Sie geraten in prekäre Arbeitsverhältnisse für 2 oder 3 Euro pro Stunde, oft als Scheinselbstständige. Sie unterschreiben Wucher-Mietverträge und weiteres, ohne zu wissen, auf was sie sich einlassen. Das ist ein brennendes Problem“, sagt Celep, der beim Papierkram hilft, Ratenzahlungen versucht zu erwirken und vieles mehr. Hasan Celep ist an mehreren Standorten für den Awo-Landesverband tätig – und zwar allein. „Hier besteht großer Personalbedarf“, betont Treiber.

Ein weiterer Knackpunkt ist das Thema Sprache. Rumänische und bulgarische Dolmetscher fehlen, es gebe Verständigungsprobleme in der Schule, erzählt Erika Hudecova vom Jugendmigrationsdienst. Auch Lehrkräfte für die Alphabetisierungskurse sind Mangelware. Eine Hürde: Kandidaten müssen Deutsch

als zweite Fremdsprache vorweisen – ein teurer Bildungsbaustein. „Da ist der Bund gefragt.“

Das Personal des Allgemeinen Sozialen Dienstes für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ist aufgestockt worden (der Courier berichtete). „Das reicht aber nicht“, betonte Volker Andresen (SPD), sozialpolitischer Sprecher der Rathausfraktion. Die Kommune muss diese Klientel gemäß des Jugendhilfegesetzes betreuen – entweder selbst oder durch freie Träger. „Hier herrscht Förderwirrwarr, der dringend vereinheitlicht werden muss. Die Projekte laufen außerdem zu kurz“, so Andresen.

Gabriele Vaquette

